

Impressum:

„Integration im Gespräch“ wird von der InPact-Projektgruppe herausgegeben. Ihr gehören an:

- Schneider Organisationsberatung
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz (AGARP)
- Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz
- Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism)

Tel: 06131-287670
eMail: info@inpact-rlp.de
Internet: www.inpact-rlp.de
Redaktion: Claudia Vortmann (SOB),
Georges Rotink (ism)



■ Wer nicht Deutsch lernt, der fliegt?

Neue und alte Töne in der Integrationsdebatte

Die **Chancen** der
Vielfalt nutzen -
Aktiv für
Chancengleichheit
und **Integration**



1. Juni 2006
Alte Patrone, Mainz



Wer nicht Deutsch lernt, der fliegt?

Verfolgt man die öffentlichen Debatten der vergangenen Zeit, so zeigt sich eine klare Tendenz: Die Integration von Zugewanderten in Deutschland ist scheinbar auf breiter Linie gescheitert. Ehrenmorde und Zwangsheirat, Parallelgesellschaften und Gewalt an Schulen sind die Stichworte, die Medien und Politik zu diesem Befund führen.

Auch die Schuldigen sind schnell ausgemacht: Es sind die Migrantinnen und Migranten selbst, die sich offenbar beharrlich weigern, eigene Integrationsleistungen zu erbringen. So meinten jüngst bei einer Umfrage 80% der Deutschen, Ausländer würden zu wenig für ihre Integration tun.

Unverkennbar wird der Ton gegenüber „den Fremden“ härter, und Teile der Politik reagieren indessen mit ordnungspolitischen Ratschlägen. Diese reichen von der Verschärfung der Familienzusammenführung und der Einbürgerungsvoraussetzungen bis hin zur Schaffung eines neuen Straftatbestandes, nämlich Bestrafung bei „Integrationsverweigerung“ – ein Novum in der europäischen Rechtsgeschichte.

In dieser Debatte kommen ausgerechnet die Migrantinnen und Migranten selten zu Wort, die den Großteil der zugewanderten Bevölkerung in Deutschland ausmachen – diejenigen, die für eine „gelungene Integration“ stehen. In der Gesprächsrunde, zu der InPact am 1. Juni in die Alte Patrone eingeladen hatte, haben wir mit unseren Gästen darüber gesprochen, wie sie selbst die Diskussion um Integrationsverweigerung und Einbürgerungstests empfinden. Wie erleben sie persönlich ihren Alltag, was gehört für sie zu einer fruchtbaren Integrationsdebatte jenseits von Ängsten, Populismus und Stereotypen?

Eine heterogene Gesellschaft ist der Normalfall, Versuche von Mehrheit und Minderheiten sich gegeneinander abzuschotten, scheitern zwangsläufig. Was können also beide Seiten aktiv beitragen zu einem Konsens über Rahmenbedingungen des Zusammenlebens in Deutschland?

Die Gesprächsteilnehmer waren:

Tarek Al-Wazir,

Politikwissenschaftler und Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im hessischen Landtag, Offenbach

Mark Terkessidis,

freier Journalist, Köln

Carmen López Salaver,

Juristin und stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz, Koblenz

Nicola Küpelikiliñç,

Dipl. Psychologin, Offenbach

Moderation:

Miguel Vicente, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz

In dieser vierten Ausgabe der von InPact herausgegebenen Reihe „Integration im Gespräch“ ist die Veranstaltung dokumentiert.

Miguel Vicente

Herzlich willkommen in der Alten Patrone. Das klingt nur gefährlich, es wird hier nicht geschossen werden. Wir haben uns heute vielmehr vorgenommen, einen ganz friedlichen Abend miteinander zu verbringen. Nicht umsonst nennen wir diese Gesprächsreihe, die offiziell ja „Integration im Gespräch“ heißt, auch „Kamin-gespräche“. Diese Bezeichnung haben wir uns von den Deutschen abgeguckt, weil Kamin etwas mit Gemütlichkeit zu tun hat. Da wird nicht gestritten, da geht es nicht um Feindseligkeiten, sondern man entspannt sich, schaut ein wenig in sich hinein, reflektiert auch über die eigene Rolle, die man hat. Genau das wollen wir heute tun. Wir wollen nicht Rundumschläge machen, sondern wollen uns mit dem, was



wir im Allgemeinen unter „Integrationsdebatte“ verstehen, aus einer anderen Perspektive beschäftigen. Dabei erheben wir nicht den Anspruch, dies wäre die richtige Perspektive. Es ist eine andere Perspektive und ich glaube, der Realität kommen wir am nächsten, wenn wir möglichst viele Perspektiven berücksichtigen.

Unsere Gäste hier auf dem Podium haben sowohl aufgrund ihrer Biographie als auch aufgrund ihrer beruflichen oder politischen Tätigkeit eine ganz eigene Beziehung zu dem Thema „Wie gehen wir in Deutschland mit Zuwanderung um?“ Davon erhoffen wir uns eine Erweiterung des Horizonts, der in den letzten Monaten merklich enger wurde, wenn man an die in den Medien unter den Stichworten Zwangsehen, Ehrenmorde, Rüttschule und so weiter geführte Diskussion denkt.

Ich darf zunächst Mark Terkessidis aus Köln begrüßen. Er ist gelernter Psychologe, promovierter Pädagoge, hauptberuflich ist er freier Autor von Büchern zum Thema Migration und Integration. Ferner darf ich begrüßen Frau Carmen López Salaver. Sie ist gebürtige Spanierin und wohnt in Koblenz. Beruflich ist sie Rechtsanwältin. Außerdem ist sie stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz. Den Namen unseres nächsten Gastes habe ich lange geübt, Nicola Küpelikilinc. Wie der Name schon sagt ist sie Britin. Sie wohnt in Offenbach und ist Kinderpsychologin von Beruf. Als freie Trainerin beschäftigt sie sich sehr intensiv mit dem Thema Bildung. Früher war sie auch im Ausländerbeirat in Dietzenbach aktiv. Schließlich möchte ich Tarek Al-Wazir begrüßen. Von Hause aus ist er Politologe, hauptberuflich jetzt Vollblut-Politiker als Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im hessischen Landtag. Seien Sie alle ganz herzlich willkommen.

In einer ersten Runde würde ich gerne Ihre eigene Einschätzung über das erfahren, was ich vorhin als „Integrationsdebatte“ bezeichnet habe: aus der Sicht der Politik, der Wissenschaft, aus Ihren verschiedenen Perspektiven. Bei einem Vollblut-Politiker wie Ihnen, Herr Al-Wazir, ist es naheliegend zu fragen: Wie nehmen Sie die Diskussion in den letzten Monaten in Deutschland wahr? Bringt uns diese weiter? Nutzen wir zu wenig die Resultate dieser Debatte, um in der Gestaltung dieser Gesellschaft weiterzukommen? Oder ist die Debatte eher ein Rückschritt? Wo stehen wir, wie schätzen Sie das ein?

Tarek Al-Wazir

Ich glaube, dass die Integrationsdebatte in Deutschland, so lange man sie führt, daran krankt, dass sie immer eine „Defizit-Debatte“ ist. Das heißt, wir reden immer nur darüber, was nicht funktioniert und nicht darüber, was sehr gut funktioniert. In Deutschland gibt es 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, und diese wohnen nicht alle in Neukölln oder in Dietzenbach oder Offenbach - und selbst diejenigen, die in diesen Städten leben, sind nicht allesamt problembehaftet oder Beispiele für gescheiterte Integration. Dennoch reden wir nur darüber, welche Defizite es gibt. Dies ist das Negative.

Dennoch meine ich, dass wir in mehreren Punkten – trotz Stichworten wie „Rütlischule“ oder „Einbürgerungstests“, bei denen man das Gefühl haben kann, dass wir Rückschritte machen - in bestimmten Punkten auch viele Fortschritte haben, wobei aber noch nicht klar ist, ob diese dauerhaft sind. Ich will das an einigen Beispielen festmachen. In der Auseinandersetzung um die Einführung von Einbürgerungstests in Hessen kommt man zunächst einmal natürlich zu der Frage, welchen Sinn so etwas machen soll, welcher Anspruch und welches Menschenbild dahinter stehen. Allerdings sehe ich allein in der Tatsache, dass es in Begründungen für einen solchen Test aus dem Munde eines hessischen CDU-Politikers hieß, wir müssten uns an den klassischen Einwanderungsländern orientieren - einen enormen Kulturbruch und auch einen Fortschritt. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, das die Grünen 1989 in einem heftigen Kampf durchgesetzt haben, wird heute von einem CDU-Dezernenten geführt. Er nennt sich zwar Integrationsdezernent, aber das Amt heißt immer noch gleich und arbeitet auch immer noch wie bisher. Wenn man ferner in Nordrhein-Westfalen die Aussagen des dortigen Integrationsministers, Herrn Laschet betrachtet, der unter anderem ja auch sagt, dass die klassische Gastarbeiterpolitik ein Fehler war, da sie nicht auf Integration, sondern auf Erhaltung der Rückkehrfähigkeit gerichtet war, dann sehe ich durchaus, dass wir in vielen Punkten die Möglichkeit haben, Integration in diesem Land nach vorne zu bringen, sofern wir es klug anstellen. Wir müssen uns natürlich auch bemühen, die positiven Beispiele herauszustellen und diese sozusagen zur Normalität machen.

Die Realität in deutschen Großstädten, in Ballungsräumen, sieht so aus, dass beispielsweise in Frankfurt am Main nur ein Drittel der Kinder zwei deutsche Elternteile hat, die nicht eingebürgert sind und keinen Migrationshintergrund haben. Der große Rest sind Kinder aus binationalen Partnerschaften oder Kinder, bei denen beide Elternteile eingebürgert oder ausländischer Herkunft sind. Diese Realität - und das begreifen inzwischen auch viele jenseits der aufgeregten Mediendebatten - verlangt eine ganz andere Integrationspolitik als wir sie in den letzten Jahren gemacht haben. Auch wenn Politiker im Fernsehen Sanktionen oder den Straftatbestand der „Integrationsverweigerung“ fordern oder ähnlichen Unsinn erzählen, glaube ich, dass reiner Pessimismus nicht angebracht ist, sondern dass man an bestimmten Punkten auch positive Dinge erkennen kann.

Miguel Vicente

Diese Aussage möchte ich aufgreifen und an Carmen López Salaver die Frage richten, ob sich im Rahmen einer solchen positiven Entwicklung auch an der Zusammensetzung der Teilnehmer an der Debatte etwas geändert hat, die früher dadurch gekennzeichnet war, dass im Grunde die Deutschen unter sich geblieben sind, um sich darüber zu verständigen, was sie unter Deutschland verstehen. Hat sich das fortentwickelt, so dass man als Migrant, als Migrantin das Gefühl hat, man ist Teil dieser Diskussion? Gibt es eine Partizipation oder hat man das Gefühl, dass man zwar Objekt, Gegenstand der Debatte ist, aber die Meinungen der Menschen, um die es geht, nicht wirklich gefragt sind? Welchen Eindruck haben Sie?

Carmen López Salaver

Ich betrachte diese Entwicklung aus dem Grunde kritisch, dass es zwar einerseits gut ist, dass über Integration gesprochen wird, andererseits die Qualität dieser Debatte jedoch manchmal ziemlich bedenklich ist. Die Frage ist: Mit welcher Perspektive, mit welchen Einsätzen, in welche Richtung wollen *wir* gehen, und dieses „Wir“ ist in der Diskussion über Integration noch nicht richtig angekommen. Wenn ich über „Wir“ rede, meine ich alle Menschen, die sich in diesem Land Realität teilen, egal welche Herkunft sie haben. Die Diskussion über Integration ist diesbezüglich leider immer noch sehr einseitig. Wir reden jetzt viel *über* Ausländer, aber nicht *mit* ihnen. So lange diese aber nicht wirklich einbezogen sind, so lange kann es auch keine wirkliche Integration und Teilhabe geben. In der Debatte wird Integration immer als Bringschuld der Ausländer dargestellt. Die Ausländer müssen, müssen, müssen, während sich unsere Gesellschaft anscheinend überhaupt nicht ändern muss. Das heißt, die Schule muss sich überhaupt nicht ändern, die politischen Institutionen müssen sich überhaupt nicht ändern, sondern „die“ müssen deutsch werden. „Deutsch sein“ scheint die Krönung von vielen Sachen zu sein, das sieht man beispielsweise auch in der Debatte um die Einbürgerung. Erst wenn man eingebürgert ist, ist man richtig an-

gekommen, richtig integriert. Alles andere spielt keine Rolle. Ich denke aber, die deutsche Gesellschaft kann sich das einfach nicht leisten, auf soviel Gutes in dieser Gesellschaft zu verzichten, egal wo dieses Gute herkommt. Von daher ist es einerseits gut, dass die Dinge thematisiert werden, andererseits müssen wir dies auch kritisch betrachten und versuchen, dass in die Debatte ein Blickwechsel, ein „Anders sehen“, das „von uns allen Lernen“ einbezogen wird.

Miguel Vicente

Wir kommen später nochmals darauf zurück, welchen Beitrag wir dazu leisten können. Ich möchte noch einen Moment bei meiner vorherigen Frage bleiben. Man kann den Eindruck gewinnen, dass zumindest vereinzelt bereits die eine oder andere Ausländerin, der eine oder andere Ausländer in die Debatte mit einbezogen wird. Ich denke jetzt an Necla Kelek, eine Frau türkischer Abstammung, eine Wissenschaftlerin, die Bücher geschrieben hat wie beispielsweise „Die fremde Braut“. Vor allem seitens der Politik, aber auch seitens der Medien wird gern auf die Ergebnisse von Frau Kelek zurückgegriffen, um damit zu zeigen, wie schlimm es insbesondere mit den Türken, mit den Muslimen in Deutschland ist. Mark Terkessidis, Sie haben gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern eine Art öffentlichen Aufruf oder eine Gegenrede nicht nur gegen Frau Kelek, sondern auch gegenüber der Reaktion der Öffentlichkeit auf Frau Kelek verfasst. Sie haben darin die Sichtweise von Frau Kelek kritisiert und dafür plädiert, nicht auf solche Personen zurückzugreifen, sondern den Horizont zu erweitern. War diese Aktion erfolgreich, denn von Frau Kelek hört man immer noch sehr häufig?

Mark Terkessidis

Das ist immer schwer zu beurteilen, aber in gewissem Sinne schon. Frau Kelek hat kürzlich ein neues Buch veröffentlicht, und da wurde in den Rezensionen schon darauf geachtet, wie die Untersuchung geführt wurde, welche und wie viele Personen befragt wurden etc. Biographische Erzählungen, eigene oder die anderer, wurden nicht einfach für bare Münze genommen. In diesem Sinne hat es schon etwas gebracht. In der Hinsicht, dass die Aktion auch ein Versuch war, die Debatte ein bisschen zu versachlichen, andere wissenschaftliche Erkenntnisse ins Spiel zu bringen, hat die Sache allerdings nicht gefruchtet. Offensichtlich ist es sehr schwer, die Debatte in Deutschland zu versachlichen.

Ich will hierzu ein Beispiel nennen. Es gibt jetzt eine Vielzahl von Untersuchungen über den Bildungsbereich. Es gibt die Pisastudie in der x-ten Version, es gibt die Iglustudie, es gibt eine Studie des Instituts für Menschenrechte, es gibt noch weitere Studien von Universitäten. Mittlerweile kommt sogar eine Person der Vereinten Nationen vorbei, um das deutsche Bildungssystem zu beobachten. Alle diese Untersuchungen zeigen im Grunde dasselbe, dass nämlich das deutsche Bildungssystem nicht auf Vielfalt eingestellt ist, Migranten benachteiligt etc. Es sind immer dieselben Ergebnisse. Trotzdem liest man dann in der FAZ wieder einen Artikel, der sagt, die Migranten sind schuld. Da ist auch eine gewisse Logik dahinter, insofern beispielsweise über die Pisastudie dann gesagt wird: „Ja, wenn wir die Migranten rausrechnen, stehen wir gar nicht so schlecht da.“ Dass es weiterhin eine solche Logik gibt, die heißt, „die“ rechnen wir raus, dann ist es eigentlich gar nicht so schlecht, das ist der große Fehler in der Debatte, das hat Carmen López eben auch angesprochen. Darin liegt das Problem, dass „die“ nicht als Bestandteil der deutschen Gesellschaft betrachtet werden und Integration nicht als eine Querschnittsaufgabe betrachtet wird, die überall ablaufen muss.

Nun haben wir uns auch deswegen gegen Necla Kelek gewehrt, weil sie nicht wissenschaftlich gearbeitet hat und man ihre Erkenntnisse nicht überprüfen kann. Ich will jetzt auch nochmals den Fall Ayaan Hirsi Ali erwähnen - also die niederländische Politikerin, die in der Partei von Pim Fortuyn war. Sie sagte, sie sei zwangsverheiratet worden und startete danach eine Großoffensive gegen den Islam, weil dieser dafür verantwortlich wäre, dass es diese Zwangsverheiratung gäbe. Später hat sich herausgestellt, dass diese Zwangsverheiratung eine Geschichte ist, die sie den niederländischen Behörden erzählte, um in den Niederlanden Asyl zu bekommen. Ich will das gar nicht dramatisieren oder skandalisieren. Es ist Alltag, dass Menschen, um in einem Land anzukommen, bestimmte Geschichten erzählen, das ist alles halb so wild. Wenn man dann aber die eigene Version, die man den niederländischen Behörden angeboten hat, dazu hernimmt, um sozusagen zur Diskriminierung von Migranten beizutragen, dann ist das schon eine ziemlich erstaunliche Angelegenheit.

Ich hatte kürzlich ein Erlebnis in meinem Tennisverein, in dem es - ich muss das wohl gar nicht erwähnen - nicht viele Leute mit Migrationshintergrund gibt. Ich unterhielt mich dort mit einem Herrn Mitte 50, der irgendwann meinte, das sei jetzt ja ein Riesenproblem mit der Integration und so, und eins müsse er mal sagen, was die Gleichberechtigung von Frau und Mann anbetrifft, das gehe so nicht weiter. Und da fragte ich mich, ob dieser Mann sich jemals schon für die Gleichberechtigung seiner eigenen Frau interessiert hat, ob er sich jemals für die Gleichberechtigung in der deutschen Gesellschaft interessiert hat, ob er sich dafür interessiert hat, dass sich der Abstand der Löhne und Gehälter von Männern und Frauen in Deutschland in letzter Zeit um weitere 19 % vergrößert hat. Das ist alles kein Thema. Aber die Geschlechterverhältnisse unter den Migranten sind das große Thema. Dies ist eine Auslagerung von gesamtgesellschaftlichen Problemen auf Migranten.

Deswegen unterstütze ich zutiefst, was Herr Al-Wazir gesagt hat. Ich glaube, dass es auch bei der Union angekommen ist, dass diese Ausländer nicht mehr weggehen. Die bleiben jetzt einfach da und deshalb muss man mit ihnen irgendetwas machen. Und da man nicht weiß, was man denn eigentlich machen soll, fällt man in die alten Denkschemata zurück, die man aus den 70er Jahren kennt. Wenn man Texte von damals über Integrationsprobleme liest, war es auch die patriarchale Struktur der Familien, die Ghettobildung, die Bildungskatastrophe etc., die verantwortlich gemacht wurden. Das ist 30 Jahre her und fast genau das Gleiche. Vom Stand der Erkenntnis her betrachtet müsste es jetzt nach vorne gehen, aber die Größe dieser Aufgabe hat man, glaube ich, noch nicht wirklich begriffen.

Miguel Vicente

In einigen Punkten sind wir schon weiter. Wir heißen nicht mehr Gastarbeiter, schon gar nicht mehr Ausländer, sondern wir heißen inzwischen Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist ja schon einmal ein Fortschritt, auch wenn man erst einmal lernen muss, dies auszusprechen. Kommen wir nochmals auf diese doch sehr verfestigten Bilder zurück, gegen die man immer wieder ankämpft und einen Tag später merkt, dass sie sich schon wieder reproduzieren. Nehmen wir beispielsweise den Bereich Bildung. Vor einigen Tagen gab es eine Neuauflage der OECD-Studie, in der der Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund genauer in den Blick genommen wurde. Darin ist gleich auf der ersten Seite zu lesen, dass kein Zusammenhang

festgestellt werden konnte zwischen der Anzahl der Migrantenkinder in einer Schule und dem Bildungserfolg der Kinder. Dies widerspricht genau diesem Klischee in Deutschland, dass nämlich die große Anzahl von Migrantenkindern in den Schulen dafür verantwortlich sei, dass die Vermittlung von Bildung nicht gut funktioniert. Wie bekommen wir diese Bilder aus den Köpfen, gerade im Bildungsbereich? Ist das hoffnungslos oder können wir etwas tun?

Nicola Küpelikilinc

In der Runde hier wurden vorhin die Realitäten der Bevölkerungszusammensetzung in Offenbach, der Frankfurter Innenstadt usw. genannt: zwei Drittel der Menschen mit einem bikulturellen Hintergrund. Ich denke, in vielen Bereichen sind es tatsächlich schon drei Viertel der Menschen, die in irgendeiner Art und Weise mehrsprachig, multikulturell sind. Aber wo spiegelt sich das in den Bildungseinrichtungen wieder? Und noch viel wichtiger: Wo spiegelt sich das in der Ausbildung derjenigen Menschen wieder, die später in diesen Bildungseinrichtungen arbeiten? Dies gilt nicht nur für die Lehrerausbildung, sondern ganz generell. In den Fortbildungen, die ich durchführe, frage ich häufig Erzieherinnen, die gerade zwei Jahre Fachschule hinter sich haben, was sie zu dem Thema „Zusammenarbeit mit Familien aus unterschiedlichen kulturellen Hintergründen“ gemacht haben. „Nichts“ ist sehr häufig die Antwort. Im Erzieher/innenbereich kann man zumindest bei bestimmten Schulen davon ausgehen, dass das Thema angesprochen wurde. Bei anderen Schulen kann ich genauso sicher annehmen, dass es nicht angesprochen wurde. In der Lehrerausbildung findet das Thema überhaupt nicht statt. Genauso wichtig wäre



Nicola Küpelikilinc

es für den gesamten Gesundheitsbereich: Psychologen, Sozialarbeiter, Kinderärzte, Logopäden. Wir bilden nach wie vor Leute aus, die in diesem Bereich nicht kompetent sind und da denke ich, müssen wir wirklich ansetzen.

Ein wichtiger Aspekt ist natürlich, dass Menschen mit multikulturellem Hintergrund in diesen Berufen stärker vertreten sind. Noch wichtiger finde ich es aber, dass alle, die in diesen Berufen arbeiten, darin unterstützt werden, kompetent in diesem Bereich zu sein.

Das typische Beispiel ist, dass ich mit einem Lehrer oder einer Lehrerin über ein Problem spreche, und sie mir dann erklären: „Wissen Sie, bei türkischen Familien ist das so und so.“ Und wenn ich dann nachfrage, ob sie mit der Mutter darüber gesprochen haben, lautet die Antwort nein. Hier kommen wir wieder auf den Aspekt, der vorhin mit Bezug auf die politische Debatte genannt wurde, der sich auch im Bildungsbereich sehr, sehr deutlich zeigt.

Miguel Vicente

Blieben wir noch beim Bildungsbereich. Zu der vorhin angesprochenen OECD-Studie hat auch der deutsche Lehrerverband Stellung genommen. Da ist dann Folgendes zu lesen - ich zitiere aus einer Presseerklärung des Lehrerverbands: „Es reicht nicht aus, dass Schulen den Migranten zusätzliche Förderangebote machen.“ Gemeint ist hier Deutsch. „Vielmehr müssen diese Angebote verpflichtend angenommen werden. Es gibt hier eine Hol-Schuld.“ Dann heißt es weiter: „Leider ist aber aus vielen Beispielen bekannt, dass sich manche Migranteltern weigerten, ihre Kinder an Grund- und Hauptschulen in zusätzliche Deutschkurse oder so genannte Sprachlernklassen zu schicken. Parallelgesellschaft in Deutschland“, das ist der letzte Satz, schlage sich dann eben in der Schulleistung und in einem weit unter dem Durchschnitt liegenden PISA-Wert nieder. Vorher sucht man vergeblich die Frage, was die Lehrerschaft in einer solchen Situation tun könnte. Also wieder die gleiche Leier: Die anderen sind schuld. Ich möchte hierzu zwei Fragen stellen. Erstens, ist die Einschätzung des Lehrerverbandes richtig, dass Migranteltern vielleicht nicht unbedingt nicht wollen, aber vielleicht nicht können. Wie ist Ihre Erfahrung? Zweitens, wie kommt man aus diesem Kreislauf der Schuldzuweisungen der Beteiligten raus: die Politik an die Schule, die Schule an die Politik, die Schule an die Eltern und diese wieder zurück an die Schule?

Nicola Küpelikiling

Also zu der ersten Frage: Es ist definitiv nicht so. Unsere Erfahrung aus zahlreichen Beratungsgesprächen zeigen, dass Migranteltern die Bildung ihrer Kinder absolut wichtig ist. Jeder Lehrer, der das Gegenteil behauptet, hat eindeutig nicht mit diesen Eltern gesprochen. Natürlich gibt es auch Eltern, die durch ihre soziale Situation und durch schwierige Lebensumstände von der Vielzahl ihrer Aufgaben überfordert sind. Das gibt es, und das wird es auch immer geben. Die Frage, wie kommen wir aus diesem Schuldzuweisungskreislauf heraus, sehe ich als durchaus gerechtfertigt an. Ich erlebe das auch: Einerseits sagen die Lehrer, die Eltern wollen nicht. Andererseits sagen mir Eltern in Beratungsgesprächen, sie sähen in einer deutschen Schule keine Chance für ihre Kinder – was sicher auch nicht produktiv ist.

Ich denke, im Kitabereich gibt es durchaus gute Ansätze dazu, die man sehr wohl ausbauen könnte. Mit dem Übergang in die Schule passiert aber oft ein Bruch. Es sind völlig andere Strukturen als im Kitabereich, die Bereitschaft zu sagen, wir sitzen hier in einem Boot und wir müssen sehen, wie wir gemeinsam voran kommen, ist oft nicht da. Die Kontakte existieren schlicht und einfach nicht. Also ich finde es wirklich auch haarsträubend, dass Lehrer, die über drei oder vier Jahre ein Kind in ihrer Klasse gehabt haben, nichts über die Familienstruktur wissen, nichts über die Eltern, Geschwister etc. Es geht mir auch nicht darum, den einzelnen Lehrern Vorwürfe zu machen. Ich bin der Ansicht, dass die Öffnung der Schulen im Sinne von Community Schooling der richtige Weg ist. Ich denke, eine gewisse Verantwortung der Schulen für ihre Community, für ihre Gemeinschaft muss entstehen. Wir haben ein Problem, wenn ein Schulleiter die Gegend nicht kennt, aus der die Hälfte seiner Schüler stammt. Wie kann es sein, dass z.B. ein Schulleiter in Dietzenbach, an dessen Schule 40 – 50% der Schüler vom Starkenburgring kommen, noch nie in dieser Gegend gewesen ist, obwohl er schon seit vier oder fünf Jahren an der Schule tätig ist?

Miguel Vicente

Gut, jetzt bekommt man aber auch gleichzeitig den Eindruck, dass zumindest die Politik verstanden hat, dass Bildung und Bildungspolitik eine ganz entscheidende Rolle im Hinblick auf unser heutiges Thema spielen. Wie weit geht denn die Politik, Herr Al-Wazir, ist sie konsequent genug, aus früheren Fehlern zu lernen? Z.B. sagen uns viele Studien, dass eine frühe Separierung in der Schule nicht förderlich ist, auch nicht für die Sprachentwicklung zugewanderter Kinder. Es ist aber in Deutschland tabu, über die Wirkungen des dreigliedrigen Schulsystems nachzudenken oder es gar in Frage zu stellen. Ist die Politik dann letztlich doch inkonsequent, wenn sie über die wirklich wichtigen Schritte nachdenkt?

Tarek Al-Wazir

Noch mal, *die* Politik gibt es nicht, genauso wenig wie *die* Ausländer oder *den* Lehrerverband. Der Lehrerverband, den Sie zitiert haben, das ist der Dachverband des Philologenverbandes. Da sind also die Gymnasiallehrer organisiert. Die Verlautbarung des GEW-Bundesvorstandes sind genau konträr zu diesen Äußerungen - man muss immer genau hinsehen.

Dass wir in bestimmten Bereichen ein Problem haben, das haben alle begriffen; die Konsequenzen daraus sind unterschiedliche. Zuerst einmal haben wir kein Integrationsproblem per se, sondern wir haben ein klassisches Schichtenproblem. Die Kinder von tausend japanischen Führungskräften in Düsseldorf sind etwas ganz anderes als die Kinder von tausend ungelerten marokkanischen Bandarbeitern in Dietzenbach. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, das hat nichts mit der ethnischen Zugehörigkeit als Marokkaner oder Japaner zu tun sondern mit sozialer Herkunft. Das ist in der Debatte schwer zu vermitteln, denn über die gelungene Integration redet man nicht. Ich behaupte, es gab schon immer auch eine deutsche Unterschicht und deutsche Bildungsverliererinnen und -verlierer. Wir hatten in Offenbach ein Wohnviertel, den Lohwald, wo vor 50 bis 60 Jahren sozusagen „Urdeutsche“ gewohnt haben, die genauso gescheitert sind in der Schule. Die Unterschichtung durch die Gastarbeiter hat ja auch den Aufstieg von bestimmten Gruppen der deutschen Gesellschaft erst ermöglicht. Der Unterschied heute ist nur der, dass sie erkennbar sind, weil sie eine andere Sprache haben, weil sie einen anderen Namen haben und anders aussehen. Deswegen wird gesagt, das sind Ausländerprobleme. Noch mal: In manchen Bereichen ist es schlichtweg ein Schichtenproblem.

Aus meiner Sicht ist jede Verbesserung des deutschen Bildungssystems dringend nötig, nicht nur aus Integrationsgründen. Das Bildungssystem ist auch verdammt schlecht darin, das deutsche Arbeiterkind an die Uni zu bringen. Es ist ja auch so, dass die Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland zumindest ab der 5. Klasse im Vergleich die homogensten Schülergruppen vor sich haben, aber überdurchschnittlich oft der Meinung sind, es seien die falschen Schüler. Man muss unbedingt darüber nachdenken, inwieweit man längeres gemeinsames Lernen ermöglichen kann. Aus leidvoller langjähriger Erfahrung in der hessischen Landespolitik warne ich vor einer Sache: Wenn wir nur über das Schulsystem reden, denken wir viel zu kurz. Ich meine, individuelle Förderung und die Maßgabe, kein Kind soll beschämt, kein Kind zurückgelassen werden – das gilt unabhängig vom Schulsystem. Wenn wir nun wieder den Fehler machen zu sagen, wir brauchen jetzt die Gemeinschaftsschule nach finnischem Vorbild, das ist die Lösung aller Probleme, dann bremse ich und sage: Wenn wir an der Art der Lehrerausbildung nichts ändern, wenn wir das Unterstützungssystem nicht verbessern und einfach nur die Schularten zusammenwerfen haben wir nichts gewonnen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die im Bildungsbereich notwendigen Bedingungen in zehn bis fünfzehn Jahren gerade im ländlichen Raum dazu führen, dass es nur noch eine weiterführende Schule geben kann. Darauf deutet allein schon die demographische Entwicklung hin, allerdings fände ich es falsch, allein diesen Faktor zu diskutieren. Das würde nur eine Frontstellung erzeugen und eine Abwehrreaktion des deutschen Lehrerverbandes, der an 400 Gymnasien in Hessen die Angst vor der Auflösung der Schulen schüren würde.

Noch ein Satz zu Integration als Schichtenproblem: Integration hat auch über den Arbeitsmarkt stattgefunden. Das funktioniert nicht mehr in dem Maße wie früher aufgrund des Arbeitsmarktproblems in Deutschland, welches besonders ein Problem der Geringqualifizierten ist. Das gilt natürlich auch für jedes deutsche Arbeiterkind oder jeden Unqualifizierten, aber man kann eine Verschärfung der Problematik feststellen. Wo es früher viel einfacher war, über Arbeit auch seinen Platz in der Gesellschaft und bestimmte Kontakte zu finden, ist dies heute schwieriger geworden. Dies ist kein Integrationsproblem an sich, sondern eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung.

Miguel Vicente

Vielleicht können wir ja Herrn Al-Walzir eine kleine Widerrede geben. Carmen López, ich beziehe mich gerne noch einmal auf diese OECD-Studie, die eine interessante Feststellung gemacht hat: Die untersuchte Fragestellung der Studie war, ist es wirklich so, dass die Benachteiligung im Bildungssystem 1:1 auf soziale

sondern Gleichbehandlungsgesetz. Das verfälscht natürlich die Diskussion, denn es geht nicht darum, die Leute gleich zu behandeln sondern darum, sie nicht zu benachteiligen. Es muss nicht unbedingt gleich behandelt werden, was nicht gleich ist, sondern in den Unterschieden liegt auch etwas Positives.



Carmen López Salaver

Schicht und auf Bildungsstand der Eltern zurückzuführen ist? Die Studie sagt nein - es bleibt noch eine Lücke, die sozusagen das „Migrant-Sein“ mit sich bringt. Das heißt also, es gibt einen Rest von Benachteiligung, der auf diesen Status zurückzuführen ist – womit wir bei der Frage der Diskriminierung wären, Diskriminierung aufgrund der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit. Wir diskutieren ja nun seit etwa vier Jahren über eine entsprechende Gesetzgebung, nachdem Deutschland es nicht geschafft hat, die europäischen Richtlinien zur Antidiskriminierung in nationales Recht umzusetzen. Es war eine seltsame Debatte, die auch einen gewissen Unwillen widerspiegelte, sich der Tatsache zu stellen, dass es in Deutschland Diskriminierung gibt, wenn auch eher struktureller als bewusst gewollter Natur. Tun wir uns schwer damit, gegen diese Diskriminierung mit den Instrumenten vorzugehen, die einer Gesellschaft zur Verfügung stehen, also auch mit rechtlichen Mitteln?

Carmen López Salaver

Ja, ich denke schon, dass wir uns damit sehr schwer tun. Das zeigt ja allein die Tatsache, dass Deutschland zu den letzten Ländern gehörte, die die Antidiskriminierungsrichtlinien in nationales Recht umgesetzt haben. Natürlich musste auch der Name geändert werden, es durfte nicht Antidiskriminierungsgesetz heißen

Ja, ich denke, das ist eines von diesen Tabuthemen: In Deutschland wird aus vielen Gründen diskriminiert, nicht nur aufgrund der Herkunft oder der Staatsangehörigkeit, sondern auch Geschlecht und Alter sind ein Thema. Das sehe ich allerdings als Chance für uns, weil jeder von diesen Merkmalen betroffen ist oder sein wird. Die Instrumente zur Bekämpfung der Diskriminierung sind da, es fehlt allerdings die Kultur, Muster der Diskriminierung aufzudecken und zu benennen. Verglichen mit anderen Ländern sind wir Migranten noch viel zu sehr beschäftigt mit unserer aufenthaltsrechtlichen Situation. Wir haben noch nicht den nächsten Schritt einer multikulturellen Gesellschaft gemacht, in der es unter Umständen deutlich wird, dass aufgrund der Herkunft und nicht aufgrund der Staatsangehörigkeit diskriminiert wird. Bis jetzt wurde gesagt, wenn du Deutscher bist, bist du alle Probleme los. Dann wirst du nicht diskriminiert, werde Deutscher und das Leben ist einfacher. Wir werden sehen, dass es nicht so einfach ist. Ich denke da an Gesellschaften, die ein bisschen weiter sind wie z.B. die britische oder US-amerikanische Gesellschaft, wo Diskriminierung wirklich ein Thema ist.

Miguel Vicente

Nun, wenn wir feststellen, dass Deutschland keine Tradition im Umgang mit Antidiskriminierung hat - wo könnten dann sozusagen die traditionellen Wurzeln sein auf die man zurückgreifen kann um letztlich das Gleiche zu erreichen? Nennen wir es von mir aus Gleichbehandlung. Der Name ist geändert worden, aber das Ziel ist doch dasselbe. Selbst die CDU legt jetzt großen Wert auf Gleichheit. Zum ersten Mal sagt man nicht, „na ja, irgendwie sind wir alle gleich und es darf nicht diskriminiert werden“, sondern man versucht faktisch Gleichheit zu schaffen für diese Merkmale wie Geschlecht, Alter, Behinderung, Ethnie usw. Wo haben wir denn in Deutschland eine Grundlage, auf die wir zurückgreifen können und begreifen, dass die Bekämpfung von Diskriminierung nicht etwas Abstraktes ist, das sich in Brüssel jemand ausgedacht hat sondern etwas, das uns alle direkt betrifft?

Mark Terkessidis

Ohne den Vergleich strapazieren zu wollen: Ich verweise auf den Antisemitismus, da könnte man schon Erinnerungen haben, was Diskriminierung in Deutschland bedeutet. Hieraus sind bei der Gründung der Bundesrepublik Schlüsse für das Grundgesetz gezogen worden. Dort gibt es ja bereits Ansätze, die gegen Diskriminierung vorgehen. Man hätte also durchaus produktiv vorgehen und das Antidiskriminierungsgesetz aus dem Grundgesetz ableiten können, ohne es als Überstülpung durch die EU zu empfinden. Das hat man aber nicht getan, was an einem Selbstbild liegt, das atemberaubend falsch ist. Ich hatte kürzlich eine Diskussion mit einem Vertreter der Industrie- und Handelskammer, in der es um die Frage ging, wie mehr Migrantenkinder in die duale Ausbildung vermittelt werden könnten. Sie wissen, dass die Zahlen da sehr schlecht sind, was natürlich auch damit zusammenhängt, dass die Ausbildung zu etwa 80% von mittelständischen Betrieben geleistet wird. In großen Industriebetrieben entspricht die Ausbildungsquote von Migranten in etwa ihrem Anteil an der Gesellschaft. Ich habe also den Herrn gefragt, wie es denn mit Diskriminierung aussähe, und er antwortete mir, es gäbe keine Diskriminierung in Deutschland. Es wird also mit aller Macht geleugnet, obwohl offensichtlich ist, dass es Diskriminierung gibt. Man fängt hier also ganz unten an, und ich glaube, dass es noch lange dauern wird, bis man in der Lage ist, öffentlich über Diskriminierung zu reden.

Ich möchte noch einmal auf die Schule zurückkommen, auch wenn ich denke, dass es nicht um die Schule allein geht, sondern um den großen Kontext, in dem auch aufenthaltsrechtliche Fragen eine große Rolle spielen. Beispiel Rütlichschule: Es fand nun eine unglaubliche Debatte über Gewalt an Schulen statt. In dem auslösenden Brief der Lehrer ging es aber gar nicht um Gewalt, sondern darum, dass die Schüler keinen Respekt vor den Lehrern hätten. An der Rütlichschule sind sehr viele Kinder arabischer Herkunft, was zunächst einmal nichts zu bedeuten hat. Aber diese Kinder sind alle mit Kettenduldung in Deutschland, d.h. über den Aufenthaltsstatus der Familie wird alle halbe Jahre neu entschieden. Diese Kinder haben keine Perspektive in Deutschland, sie werden möglicherweise mit 18 Jahren abgeschoben. Hier liegt also ein Problem, das mit der Schule nichts zu tun hat, aber sich natürlich belastend auswirkt. Darüber hinaus wird nun wieder viel Geld bereit gestellt für Sprachförderung. Aber alle diese Sprachkurse finden wieder nach dem antiquierten Muster in Sonderklassen mit Nachmittagsunterricht statt, obwohl man genau weiß, dass es falsch ist, die Kinder in der Schule voneinander zu trennen. Ich denke sowieso, dass das Sprachproblem in Deutschland völlig überschätzt wird. Warum gewöhnt sich die Schule nicht einfach daran, dass Kinder eingeschult werden, die nicht perfekt Deutsch sprechen? In Großbritannien, in Kanada, in den Niederlanden gibt es Programme, die die jeweilige Verkehrssprache als Zweitsprache über fünf bis acht Jahre in den Regelunterricht integriert haben, das ist überhaupt kein Problem. Manchmal frage ich mich, wozu noch diskutieren? Es gibt zig Untersuchungen zur Bildung, zur Sprachförderung, zum Schulsystem, und dann erklärt der bayerische Ministerpräsident, dass er das Auslesesystem in der Schule noch verschärfen will. Das treibt mich teilweise in die schiere Verzweiflung, weil ich nicht mehr das Gefühl habe, dass in der Politik in der Integrationsfrage entsprechend rationaler Maßstäbe gehandelt wird. Ich bin allerdings auch ratlos, wie eine Kommunikation gepflegt werden kann mit einer Klientel, die in realitätsverleugnender Weise agiert.

Man muss sich ja auch die Frage stellen, ob Integration nicht einfach nur ein schönes, aber auch hypokritisches Ideal ist und ob sich die Gesellschaft Integration überhaupt leisten kann. Vielleicht sind wir schon auf einem Niveau, auf dem man ganz andere Lösungen anstreben muss. Beispielsweise muss man darüber nachdenken, ob nicht die viel beklagten „Parallelgesellschaften“ auch als eine Form der Selbstorganisation anerkannt werden müssen. Kürzlich gab es eine von Ursula von der Leyen unterstützte Untersuchung, in der festgestellt wurde, dass die Menschen sich jetzt wieder mehr auf die eigene Familie konzentrieren und diese als Schutznetz empfinden in einer Situation, in der der Sozialstaat sich immer weiter zurückzieht. Wenn Ausländer so was machen, ist es eine Parallelgesellschaft. Natürlich gibt es Formen von Selbstorganisation, die nicht nur vorteilhaft sind, und es gibt Zwangsheirat und arrangierte Ehen. Aber diese Phänomene haben hauptsächlich mit sozialen Verhältnissen zu tun, an denen man sinnvoll ansetzen muss ohne die große Klage zu führen.

Miguel Vicente

Greifen wir das Stichwort Irrationalität auf. Wie können wir die durchbrechen? Es scheint so zu sein, dass sich der Themenkomplex Integration und Ausländer aus politischer Sicht eher zu populistischen Zwecken eignet als dass es sich lohnen würde, die Probleme tatsächlich zu lösen. Aber wo könnte denn das Interesse der Bundesrepublik – und somit auch der Politik – liegen? Ich denke z.B. an die Auswanderung von qualifizierten Fachkräften – können wir uns überhaupt leisten über Integration oder nicht zu diskutieren angesichts des demographischen Problems, das Deutschland hat? Müsste nicht schon aus purem Eigeninteresse ein Umdenken stattfinden?

Tarek Al-Wazir

Natürlich können wir uns die Diskussion eigentlich nicht leisten. Ich habe ja schon eingangs gesagt, das Problem ist, dass wir oft eine Defizitdiskussion führen und das, was gelingt, aus dem Blickfeld verschwindet. Ich möchte aber noch etwas zum Thema Diskriminierung sagen. Eine Organisation in Frankreich hat an große Unternehmen fünfzig fiktive Bewerbungen geschickt. Dieselben Bewerbungen wurden einmal mit „urgallischen“ Namen versehen, einmal mit arabisch klingenden Namen, d.h. Noten, Qualifikationen etc. waren exakt gleich. Von den „Urgalliern“ wurden etwa 50% zum Vorstellungsgespräch eingeladen, von den arabisch Stämmigen nur etwa 10%, die genauen

Zahlen habe ich leider nicht im Kopf. Also natürlich gibt es Diskriminierung, obwohl ich behaupten würde, dass die Integration in Deutschland besser gelingt als in Frankreich. Nicht bezüglich der rechtlichen Gleichstellung, aber hinsichtlich anderer Probleme wie Segregation im Wohnumfeld.

Was das Thema Sprache anbelangt, muss man aufpassen, dass man nicht in bestimmten Mustern hängen bleibt. 1999 haben wir das Staatsbürgerschaftsrecht auf Bundesebene geändert. Das hat – Mark Terkessidis hat es gesagt – Bewusstseinsveränderungen auch bei der Union hervorgerufen, und ich schätze, bei der nächsten Bundestagswahl werden wir den ersten türkischstämmigen CDU-Bundestagsabgeordneten haben. Er wird nicht aus Hessen kommen, sondern aus Nordrhein-Westfalen, wenn Herr Rüttgers sich durchsetzt; wahrscheinlich wird es Bülent Arslan sein. Ich finde das toll, obwohl wir Hessen ja einen hohen Preis für dieses Staatsangehörigkeitsgesetz bezahlt haben – der heißt Roland Koch, und wir sind ihn bis heute nicht wieder los geworden. Immerhin hat diese Antistaatsbürgerschaftskampagne bei der hessischen CDU etwas ausgelöst. Sie haben eingesehen, dass sie nicht nur anti Ausländer und anti Staatsbürgerschaft sein konnten, sondern dass sie auch ja sagen mussten zur Integration. Zur Zeit ihrer Kampagne wusste sie überhaupt nicht, was das ist, und hatten eine Art Bringschuld. Meine Kritik ist, dass die CDU glaubt, die Sprache löse alle Probleme. Ich sage, sie löst nur ein paar. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung, ohne sie geht es nicht. Aber Sprache allein hilft nicht. Ein promovierter Germanist mit deutscher Staatsbürgerschaft und schwarzer Hautfarbe hat in Rathenow oder irgendwo in Magdeburg nichts zu lachen. Aber in der Diskussion, die wir in Hessen führen, konzentrieren wir uns auf Sprache: Auf Drängen der Kulturministerin wurden Vorlaufkurse eingeführt, d.h. neun Monate vor der Einschulung werden Sprachstandserhebungen gemacht und Sprachkurse in den Kindergärten angeboten. Da haben wir wieder diese typische Defizitdiskussion mit dem Holschuldemuster: „Wer kein Deutsch kann, wird nicht eingeschult.“ Oder man kommt in die Sonderklasse, denn man wusste ja schon, „die“ wollen eigentlich alle gar nicht. Wir werden die Sprachförderangebote machen und sie werden sie nicht wahrnehmen, und dann müssen wir sie mit unserem Gegenmodell dazu zwingen. Skandalös! Wir wollen fördern und nicht sanktionieren. Kurzum, die Angebote sind gemacht worden, und die Sprachstandserhebungen ein Jahr vor der Ein-

schulung haben sehr interessante Ergebnisse gebracht: 10 bis 15% der deutschstämmigen Schüler haben Sprachprobleme und sind ebenfalls in diesen Förderkursen gelandet – damit sind wir wieder beim Schichtenproblem. Und 98% von allen, denen diese Angebote gemacht wurden, haben sie angenommen. Diese ganze Debatte hatte sich also auf einmal erledigt, weil dieser so heiß umkämpfte Passus im Schulgesetz – keine Einschulung ohne Deutschkenntnisse – in den allermeisten Fällen ins Leere gelaufen ist. Ich habe diese ganzen Leute immer vor mir sitzen, Koch, Bouffier, Wolf – die ganze hessische CDU ist nicht wirklich der Hort des Fortschritts innerhalb der konservativen Bewegung in Deutschland, aber man muss immer wieder den Versuch machen, das Ganze auf einen rationalen Kern zu konzentrieren. Indirekt hat man manchmal dann doch Erfolg, auch wenn sie es nie zugeben werden.

Nicola Küpelikilinc

Zu den Stichworten Vorkurse und Irrationalität: Ich kann das einerseits bestätigen, ich habe regelmäßig Eltern in der Beratung, die mich fragen, warum ihr Kind nicht auch in einen Vorkurs darf. Auch in dieser Diskussion ist Gleichbehandlung ein ganz wichtiger Schlüsselbegriff. Wir haben hier die völlig irrationale Vorstellung, dass man genau weiß, wie viel Deutsch für die Schule notwendig ist. In Wirklichkeit haben wir keine Ahnung. Und in der Praxis sehen Sprachstandserhebungen oft so aus, dass der Schulleiter ungefähr schätzt, ob die Deutschkenntnisse des Kindes für die Schule reichen oder nicht. Mehr ist es nicht, aber man hat die Vorstellung, man kann eine Hürde aufbauen, und alle, die darüber gesprungen sind, kann man gleich behandeln. Es ist hingegen wissenschaftlich erwiesen, dass Kinder im Zweitspracherwerb einen Zeitraum von sieben bis neun Jahren brauchen, bis sie Leistung auf die gleiche Art und Weise erbringen können wie die Kinder mit Deutsch als Erstsprache. Die Diskussion über Gleichbehandlung in der Schule ist also völlig irrational. Die Vorkurse haben aber einen sehr wichtigen Nebeneffekt gehabt: Kita und Schule müssen plötzlich zusammen arbeiten.

Miguel Vicente

Also Gleichbehandlung im Sinne von Gleichmacherei. Wie lernen wir in diesem Land mit Vielfalt umzugehen? Auch eine Herausforderung, die anscheinend nicht zu meistern ist, wenn ich mir die Diskussion um die Einbürgerung anschau, und das ist auch eine Diskussion um Gleichmacherei: Welche Standards müssen erfüllt werden, damit jemand Deutscher werden

kann? Wie bekommen wir es hin, dass wir Vielfalt als Chance, als Ressource, als Fortschritt begreifen, die uns allen, dem ganzen Land gut tut?

Mark Terkessidis

Für meine Begriffe gibt es ein ganz wesentliches Problem in der Diskussion: Die Migranten setzen sich nicht für ihre politischen Interessen ein, es gibt eine unglaubliche Apathie unter den Migranten. Beispiel Einbürgerung: Da gab es dieses Schlupfloch im Gesetz, bis 2000 war es für Türken möglich, nach ihrer Einbürgerung in Deutschland zum türkischen Konsulat zu gehen und sich seinen türkischen Pass wiederzuholen und damit faktisch eine doppelte Staatsbürgerschaft zu besitzen. Diese Gesetzeslücke ist geschlossen worden, und alle, die nach 2000 so gehandelt haben, wurden ausgebürgert. Dieses Signal an die Migranten muss man sich deutlich vor Augen führen. Und dann kommt der Einbürgerungstest. Ich weise noch einmal darauf hin: wenn man sich in Deutschland einbürgern lässt, muss man fünf Jahre Rentenbeiträge gezahlt haben, man muss eine Beschäftigung haben und seine Familie ernähren können, es gibt eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz, und man muss adäquate Wohnverhältnisse nachweisen. Eine Person, die eingebürgert wird, ist also integriert, daran gibt es überhaupt keinen Zweifel und da sind auch keine Einbürgerungstests notwendig. Das ist wieder so ein Signal, du hast es doch noch nicht geschafft, wir haben noch eine Hürde für dich. Je nach Bedarf wird der Begriff der Integration verändert, von einem politischen zu einem moralischen gemacht.

Aber die Leute lassen es sich gefallen. Das liegt z.T. an den vielen Migrantenorganisationen, die sich gegenseitig bekämpfen. Es gibt ja z.B. in Deutschland das gesamte Spektrum der türkischen Parteien. Oder es gibt ein Treffen der Muslime, zu dem die Aleviten nicht eingeladen werden. Man muss hier also auch den Blick auf sich selbst richten und zugeben, dass es an politischer Interessenvertretung mangelt. Das kann man sicher z.T. auch auf die vorhin schon erwähnten Aufenthaltsstatusprobleme zurückführen, aufgrund derer viele Migranten keine deutschen Bürger sind. Aber in den letzten Jahren hat es eine Einwanderungswelle gegeben, und es wird Zeit, dass man selbst in die Offensive geht, nicht nur im Sinne von Dialog, sondern auch von Provokation. Da gibt es einen immensen Mangel auf Seiten der Migranten. Andererseits sind natürlich die vielen nicht eingebürgerten Migranten keine Wähler, für die man aus Sicht der Politik folglich nichts tun

muss. Für Roland Koch ist es vor dem Hintergrund einer Wiederwahl viel rationaler, 15% rechtsradikales Klientel zu bedienen als Migranten, die nicht wählen dürfen. Ich denke, viel mehr Aktivität der Migranten ist gefragt, Ideen, wie man eine gemeinsame politische Interessenvertretung organisieren kann.

Miguel Vicente

Dazu müsste doch eine Interessenvertreterin etwas sagen. Fehlt der Druck von außen? Interessenverbände wie z.B. die Ausländerbeiräte können protestieren, Gegenrede halten, sie können sich einmischen. Die Frage ist, tun sie das zu wenig? Und die zweite Frage ist, reicht der Druck von außen, oder erreichen wir nachhaltige Veränderung im Grunde nur von innen, d.h. müssen wir in die Parteien gehen, die Strukturen sozusagen infiltrieren?

Carmen López Salaver

Zuerst muss sich sagen, Politikverdrossenheit gibt es überall, auch unter den Migranten. Aber grundsätzlich ist die Kritik sehr berechtigt. Bisher hat man eher über kulturelle Integration gesprochen, von politischer war da nie die Rede. Irgendwann hat man in fast allen Bundesländern das Gremium Ausländerbeirat geschaffen. Irgendwann haben sich die Beiräte dann auch etwas emanzipiert und sich als Interessenvertretung der Ausländer betrachtet. Das reicht natürlich überhaupt nicht aus, denn „die Ausländer“ sind ja keine homogene Masse, Uneinigkeit ist da programmiert und nicht zu vermeiden. Trotzdem gibt es gewisse Punkte, die eine gemeinsame Forderung darstellen wie z.B. die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer. Gleichzeitig müssen aber auch die Parteien infiltriert werden, die Parteien müssen zu Angeboten für Migranten gezwungen werden.

Tarek Al-Wazir

Zwei Punkte: Erstens ich bin sehr für die Einführung des kommunalen Wahlrechts. Wir haben allerdings seit dem Bundesverfassungsgerichtsentscheid die Notwendigkeit einer zwei Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat und deswegen wird es lange dauern. Zweitens ist meine Perspektive die vollständige rechtliche Integration für diejenigen, die dauerhaft hier bleiben, und die bedeutet Staatsbürgerschaft. Ich warne vor der Vorstellung, mit der Einführung des kommunalen Wahlrechts seien alle Probleme gelöst. Wie gesagt, ich bin sehr dafür, aber es ist nur ein kleiner Baustein. Wir hatten in Offenbach am 26. März Kommunalwahlen mit einer katastrophalen Wahlbeteiligung von 31%. Die EU-Bürgerinnen und Bürger wählen nun schon zum dritten Mal mit, und da war die Wahlbeteiligung noch niedriger.



Mark Terkessidis

Miguel Vicente

Ist das jetzt wieder typisch für unsere „Migrantendiskussion“, dass man sich nur auf einen Punkt der aktuellen Diskussion konzentriert? Jahrzehntlang drehte sich alles nur um das Kommunalwahlrecht, dann wurde ein Strich durch die Rechnung gemacht, dann ging es auf einmal um die doppelte Staatsbürgerschaft. Wir wollen ja auch ein bisschen selbstkritisch sein. Sind wir denn selbst so unflexibel, dass wir nicht die Vielfalt im Auge haben die nötig wäre, um etwas in Bewegung zu bringen?

Tarek Al-Wazir

Ich habe doch bei vielen Leuten das Problem, die sagen ich würde mich ja einbürgern lassen wenn ich nicht meine alte Staatsbürgerschaft abgeben müsste. Aber auf der anderen Seite hat es seit dem 1.1.2000 in Deutschland eine Million Einbürgerungen gegeben. Ohne grüne Regierungsbeteiligung sähe das heute anders aus. Trotzdem haben wir einen Fehler gemacht in unserer Kampagne 1994. Wir haben gesagt, eine Million Unterschriften für die doppelte Staatsbürgerschaft. Wir hätten sie nennen sollen „eine Million Unterschriften für erleichterte Einbürgerung“ – wir haben das Mittel genannt und nicht den Zweck. Wir haben die klassische Werkzeugdiskussion geführt, wir haben nicht gesagt, wo wir hinwollen sondern nur den Weg beschrieben. Wir müssen das Ziel beschreiben, das gilt für uns alle. Und deswegen: raus aus der Opferrolle. Es gibt rechtsradikale Gewalt, es gibt Fremdenfeindlichkeit, das ist alles Realität. Aber wir brauchen Rollenvorbilder, wir brauchen Leute, die sagen, „ich habe es geschafft in dieser Gesellschaft, und so und so war der Weg“.

Ich will Ihnen mal ein Beispiel sagen. Cem Özdemir erzählt heute noch von der konstituierenden Sitzung des Bundestags, als er 1984 gewählt worden war. Er war einer der jüngsten Abgeordneten und saß neben dem amtierenden Bundestagspräsidenten als Schriftführer in der Sitzung, die live im Fernsehen übertragen wurde. Als er anschließend in sein Büro zurückkam, waren seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter völlig fertig mit den Nerven, weil ständig Leute angerufen und gefragt hatten „was macht der Türke da in unserem Parlament“. Und das gibt es auch heute noch. Ich kriege einmal die Woche so einen Brief. Früher habe ich jeden Tag einen bekommen – man verändert also auch etwas in dieser Gesellschaft. Und ich behaupte, allein die Tatsache, dass ein Einwandererkind in den deutschen Bundestag gewählt worden ist, hat in der türkischen Community unglaublich viel ausgelöst, aber auch in der deutschen Gesellschaft. Und deshalb sage ich es noch einmal: Raus aus der Opferrolle.

Miguel Vicente

Aber wie wurde Cem Özdemir wahrgenommen, als der junge Türke oder als Schwabe? Wann ordnet man jemandem die Eigenschaft „nicht deutsch“ zu - wenn er gut ist oder wenn er schlecht ist? Ich glaube, dass man hier eher zum Opfer gemacht wird als dass man sich selbst in diese Rolle hinein begibt.

Tarek Al-Wazir

Es ist natürlich wie immer im Leben beides wahr. Natürlich wird man eher zum Opfer gemacht, aber manchmal macht man sich auch selbst dazu in der Defensivhaltung.

Ein anderer Punkt: Gleichberechtigung. Plötzlich entdecken die Leute die Gleichberechtigung. Die CDU Hessen macht auf einmal am Weltfrauentag am 8. März eine Presseerklärung. Das haben die sechzig Jahre lang nicht gemacht. Und dann steht da der ganze übliche Sermon drin über Zwangsheirat usw. Da greift man sich an den Kopf. Wenn man sich aber mal das Recht der Bundesrepublik Deutschland anschaut, wie war das eigentlich bezüglich Gleichberechtigung von Mann und Frau? Bis zur Änderung des Familienrechts 1977 gab es formell für einen Ehemann das Recht, seiner Frau die Arbeitsaufnahme zu verbieten. Ich bin 1971 in Offenbach am Main geboren. Deutsche Mutter, jemenitischer Vater. Ich war kein Deutscher, weil das Abstammungsprinzip bis 1975 nur von Männern ausging. Es war also nicht nur das deutsche Blut, es musste männliches deutsches

Blut sein. Wenn man das heute erzählt, glaubt es einem keiner mehr. Und hätte es nicht Rosi Wolf-Amanasreh und die iaf gegeben, die den Musterprozess bis zum Bundesverfassungsgericht geführt haben, dann wäre auch das nicht verändert worden. Aber die spannende Frage ist, *wie* wurde es verändert? Es gab eine Organisation von Betroffenen, in diesem Fall die deutschen Mütter dieser Kinder, die nicht gewartet haben, bis irgend jemand das Gesetz ändert. Sondern sie haben eine Interessenvertretung – die iaf - gegründet und die Sache selbst in die Hand genommen. Und das Bundesverfassungsgericht traf die wenig erstaunliche Feststellung, dass natürlich die Tatsache, dass ein Kind nur deutsch ist, wenn es vom deutschen Vater und nicht von der deutschen Mutter abstammt, eklatant gegen Artikel 3 Grundgesetz verstößt. Aber ich meine, da musste man für kämpfen.

Mark Terkessidis

Im Grunde genommen würde ich Herrn Al-Wazir zustimmen. Aber es ist natürlich immer die Frage, welche Möglichkeiten man hat, aus der Opferrolle zu entkommen. Um bei dem Beispiel Cem Özdemir zu bleiben: Er gilt in der türkischen Community auch z.T. als assimilierter Streber. Ich finde das natürlich nicht richtig, aber es wird wahrgenommen, dass jemand Möglichkeiten wahrnehmen konnte wie z.B. eine gute Schulbildung, die anderen nie geboten werden. Aber natürlich finde ich auch, dass es role models geben muss, Leute, die es geschafft haben, die in bestimmten Positionen in der Gesellschaft sind, Leute, die Bundestagsabgeordnete werden oder in der Nationalmannschaft spielen, Leute, die Gott weiß was alles tun, damit einem klar wird, dass Vielfalt in der Gesellschaft existiert, dass man in solche Positionen kommen kann, dass sich die Welt auch ändert. Wenn man z.B. zu einer Behörde geht und in dieser Behörde sitzen lauter Einheimische, die auch sofort als solche zu erkennen sind, dann entsteht ein vollkommen anderer Eindruck, als wenn man zu einer Behörde geht und da sitzen Leute aller möglicher Herkunft. Ich will einmal ein Beispiel nennen. Ich arbeite selbst beim Funkhaus Europa. Das ist ein Projekt des WDR, in dem man die früheren Fremdsprachenprogramme mit einem deutschsprachigen und mit Weltmusik verknüpft hat zu einer eigenen Welle. Wenn Sie aber zu Eins live gehen – das ist die Jugendwelle des WDR -, dann stellen Sie fest, da arbeitet praktisch niemand mit Migrationshintergrund. Und dann ist das natürlich sehr fragwürdig, dass wir da alle wie im Reservat bei Funkhaus Europa sitzen, so nett das auch sein kann. Das ist die Aufga-

be, die Unternehmen in Zukunft wahrnehmen müssen: Sie müssen eine Art Diversity Mainstreaming machen. Das ist in der Privatwirtschaft auch schon eher angekommen als in den öffentlichen Institutionen. Wie gut die Programme im Einzelnen sind, ist noch mal eine andere Frage, aber zumindest in großen Unternehmen wie Ford wird in dieser Richtung deutlich mehr getan als früher. Ford präsentiert auch gern die Statistik, die besagt, dass im Bereich der einfachen Produktion zu viele Migranten arbeiten und im Management zu wenig. Daran hat sich nicht viel geändert, aber sie nehmen es zumindest zur Kenntnis. Was schon mal ein Fortschritt ist gegenüber der Behauptung, „bei uns wird nicht diskriminiert“.

Miguel Vicente

An dieser Stelle würde ich gerne einen kleinen Schnitt machen und das Publikum in unser Gespräch integrieren. Ich möchte Sie also einladen, Ihre Fragen zu stellen oder Ihre Meinung beizusteuern.

Gast

Ich bin selbst eingebürgert. Die Sachbearbeiterin, die meinen Antrag bearbeitet hat, hat fast geweint, weil es für sie unfassbar war, dass jemand seine Staatsbürgerschaft für etwas aufgibt, was er nie sein kann. Und das stimmt: Ich kann nie Deutsche sein, ich bin nicht Deutsche. Ich habe mich aus funktionalen Gründen einbürgern lassen, ich wollte mich frei bewegen können. Ich habe ein Kind, zusammen mit einem weißen Deutschen. Im Kindergarten fing die Ausgrenzung schon an. Eine Erzieherin sagte zu meinem Sohn: „Du bist kein Deutscher.“ Aufgrund seiner Hautfarbe wird er sofort als Fremder abgestempelt, egal wo er hinkommt. Das Kind wird niemals die Möglichkeit haben, so zu sein wie andere deutsche Kinder, und da bringt die Einbürgerung auch keine Erleichterung. Wir müssen dafür kämpfen, dass Grundrechte für jeden Menschen in dieser Gesellschaft gelten und nicht mit erarbeiteten Privilegien verbunden sind. Die Hürden sind ja im Gespräch vorhin genannt worden. Was muss das Kind, das keine andere Sprache als Deutsch spricht, noch alles machen, um hier Anerkennung zu bekommen? Begriffe wie „Kameltreiber“ und Aufforderungen wie „Geh doch zurück“, so etwas bekommen auch Abgeordnete im Parlament zu hören. Es geht hier nicht um Papiere, nein, es geht um Menschenrechte, die für jeden Mann und jede Frau gelten müssen.

Mark Terkessidis

Ist es denn zutreffend, dass Sie im Parlament von jemandem als Kameltreiber bezeichnet worden sind?

Tarek Al-Wazir

In einer Debatte um die CDU-Schwarzgeldaffäre hat jemand gerufen „Geh zurück nach Sana'a“. Das war ein Punkt, an dem die Sitzung in Tumult unterging und für drei Stunden unterbrochen werden musste. Natürlich gibt es so etwas, das sehe ich ja an mir selbst. Andererseits bin ich jemand, den man soziologisch als Pionier bezeichnet, und als solcher muss ich bestimmte Sachen aushalten um den Weg für andere frei zu machen.

Miguel Vicente

Ist das der richtige Weg ?

Tarek Al-Wazir

Ja, es geht gar nicht anders. Ich kann kein Gesetz erlassen, dass es allen Erzieherinnen verbietet, dunkelhäutigen Kindern zu sagen, dass sie keine Deutschen sind. Natürlich kann man das versuchen, aber selbst das Gleichbehandlungsgesetz setzt jemanden voraus, der dieses Recht wahrnimmt. Es ist ein Instrument, aber es muss auch jemand benutzen. Nochmal zum Stichwort positive Rollenvorbilder: Ich hoffe, dass der nachnominierte David Odonkor von Borussia Dortmund – Vater aus Ghana, Mutter Deutsche – bei der WM eingesetzt wird und möglichst gut spielt. Nicht, weil er dann sozusagen ein „guter“ Migrant ist, sondern weil dann vielleicht die Kinder sagen „Mensch, das ist ein Deutscher“. Gesellschaftliche Veränderung, Bewusstseinsveränderung findet nicht nur über Gesetze statt. Die Tatsache, dass die NPD Owomoyela und Asamoah nicht in ihren WM-Spielplan aufgenommen hat, zeigt ja, was das aus deren Sicht für einen Angriff bedeutet. Ich meine, natürlich müssen wir kämpfen, dass es rechtliche Gleichstellung gibt, natürlich müssen wir diese Kettenduldung endlich beenden. Alles völlig richtig, aber das alleine ändert eine Gesellschaft noch nicht.

Gast

Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen, dass die politische Gleichberechtigung das Problem nicht löst. Ich möchte eine Gruppe ansprechen, die in Ihrer Debatte bisher noch nicht vorkam: die Aussiedler. Sie haben die gleichen Rechte wie die Deutschen, sie *sind* Deutsche. Aber sie haben die gleichen Probleme sich zu integrieren wie andere Migranten auch, d.h. gleiche Rechte helfen uns nicht unbedingt weiter.

Gast

Ich möchte hier noch einmal eine Frage aufgreifen die alle betrifft, Deutsche und Migrant*innen, die Frage von Solidarisierung und Sozialgefügen, die notwendig sind um Interessen durchzusetzen. Das ist das entscheidende Problem. Wenn da nicht Organisationsformen zur Interessensvertretung gefunden werden, die auch kollektive Möglichkeiten beinhalten, dann gibt es eine schöne bunte Vielfalt, die zu einem Individualisierungsprogramm verkommt und mehr nicht ist.

Carmen López Salaver

Aber ich glaube, das ist manchmal sogar das Problem: Es wird so viel über Gruppen gesprochen und so wenig über Individuen, über Menschen. Wenn man mehr über den Einzelnen sprechen würde, würde man vielleicht auch die Vielfalt besser schätzen können, weil man das Potenzial entdeckt, das in jeder Biographie steckt. Es wird immer von *den* Türken gesprochen, von *den* Deutschen, *den* Ausländern. Was wir brauchen sind starke, selbstbewusste Individuen, egal mit welchem Hintergrund. Die suchen sich eine Interessenvertretung, vielleicht gründen sie sogar eine.

Ich möchte auch noch etwas sagen zu der Aufforderung „Raus aus der Opferrolle“. Das ist richtig, aber die Gesellschaft, die Institutionen müssen auch bereit sein uns aufzunehmen. Es muss ein Geben und Nehmen sein. Es gibt zugegebenermaßen nicht *die* Methode der Integration. Ich denke, wir machen uns das Leben schwer, wenn immer der Wahrheitsanspruch für diese oder jene Methode erhoben wird. Vielmehr besteht Integration aus vielen kleinen Bausteinen. Wir alle wollen eine Gesellschaft, die von dem Wunsch aller nach einem guten und besseren Leben getragen wird und zu der jeder Einzelne etwas beitragen kann.

Miguel Vicente

Müssen wir denn immer in Kategorien denken, Deutsche, Nichtdeutsche, Muslime, Christen usw. Kommen wir nicht damit zurecht, dass wir – wie Carmen eben sagte – alle Individualisten sind, die viel gemeinsam haben, die aber auch vieles trennt? Ist unsere Gesellschaft so ängstlich, dass sie Individualität nicht erträgt, dass wir wieder auf alte, auch national oder gar nationalistisch geprägte Kategorien zurückgreifen müssen? Was sagt denn die Psychologin dazu?

Nicola Küpelikiling

Für mich hört sich das im Moment so an: Es gibt zwei Möglichkeiten – entweder man ist politisch aktiv, geht durch alle Instanzen oder man ist resigniert und spielt das Opfer. Ich glaube, es gibt eine Vielzahl von anderen Wegen. Einerseits sagst du, das Staatsangehörigkeitsgesetz hat so viel verändert in den Köpfen der CDU-Politiker. Schön – ich hoffe es. Andererseits habe ich die vorangegangene Diskussion als sehr zäh empfunden, in deren Verlauf immer weniger von den ursprünglichen Ideen übrig blieb, und ich denke, das hat wiederum in den Köpfen der Migrant*innen sehr viel verändert, und besonders jener Migrant*innen, die politisch aktiv sind. Und das ist nicht nur bei dieser Debatte so, auch bei anderen wie z.B. der um die Kettenuldung. Da hat man das Gefühl, man kommt seit 20 Jahren keinen Schritt weiter. Sobald ich ein Gutachten fertig geschrieben und begründet habe, warum aus psychologischen Gründen ein hier geborenes 15jähriges Mädchen nicht abgeschoben werden soll, fange ich mit dem nächsten an. Das mache ich seit 15 Jahren. Das führt nicht unbedingt zu Resignation oder Rückzug in die Opferrolle, sondern ich beobachte im Moment einen zunehmenden Bezug auf die eigene Community. Man kümmert sich um „seine eigenen“ Interessen, was z.B. der Zuwachs an Nachhilfeeinrichtungen in der türkischen Community zeigt. Ich denke, das muss man auch sehen und wegkommen von der Kategorienbildung politisch aktiv gegen Opfer – das bringt uns nicht weiter. Wir müssen erreichen, dass gerade junge Leute eine Vielfalt an Möglichkeiten der Beteiligung bekommen.

Miguel Vicente

Was hilft uns denn, diese Kategorien Deutsche – Zugewanderte zu verlassen? Eine kritische Bemerkung vorweg: Wir haben mit der „multikulturellen Gesellschaft“ einen Begriff, der durchaus etwas Gemeinsamkeit schaffen könnte in dieser Gesellschaft, nämlich Pluralität und Individualität. Wir haben den Begriff immer nur verstanden in Bezug auf Ethnien, nie im Hinblick auf Männer und Frauen, Alte und Junge, von sozial Schwachen und Bürgertum. War das nicht ein Fehler? Hätten wir nicht über Pluralismus reden müssen? Ist das nicht der Begriff, der uns heute weiter bringt, weil wir Verbündete bekommen?

Mark Terkessidis

Um den Kontext zu vergrößern: Ich glaube, dass Deutschland sich gerade im Umbruch befindet, nicht nur wirtschaftlich sondern auch kulturell. Das hängt maßgeblich damit zusammen, dass in Deutschland wie in kaum einem anderen Land

der Norm-Arbeitnehmer Mann die beherrschende Figur war. Deutschland tut sich im Grunde nicht nur schwer mit der Integration von Ausländern sondern auch was die Gleichstellung anderer „Minderheiten“ betrifft. Im Gegensatz zur allgemeinen Wahrnehmung ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau im europäischen Vergleich in Deutschland am wenigsten weit gekommen. Die Löhne und Gehälter klaffen dieser Tage in Deutschland wieder weiter auseinander – im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern -, aber das Land stellt sich dieser Entwicklung nur mit Reparaturen. Trotzdem ist der Mann als Normmodell des Arbeitnehmers allein aufgrund der demographischen Entwicklung ein Auslaufmodell, was einen großen Umbruch bedeutet und noch sehr viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Ein Beispiel aus einem Bereich, den ich gut kenne: Ich werde oft zu Tagungen eingeladen und bin immer wieder erstaunt. Ich bin da mit vierzig Jahren immer der Jüngste, Leute mit Migrationshintergrund sind da eher selten, und Frauen sind auch nicht viele da. Schauen Sie sich das Universitätssystem mal an – das ist die Herrschaft der alten Männer. Es gibt da eine Norm, nur dass an dieser Norm gekratzt wird. Dieses Land befindet sich in einem internationalen Wettbewerb, und da gibt es diese Norm nicht mehr. Ich weiß nicht, wie lange es noch dauert, bis diese Erkenntnis sich durchsetzt, aber

denke, es ist viel wichtiger eine Politik zu betreiben, die z.B. auf eine Bildungsreform zu steuert. Diese hätte Auswirkungen auf soziale Benachteiligung, auf die Benachteiligung aufgrund des Migrationshintergrundes. Dann wird auch klar, dass es da offensichtlich mehr Verbindungslinien gibt, als man angenommen hat – siehe die 10 bis 15% einheimischer Kinder, die plötzlich in den Sprachkursen sitzen.

Miguel Vicente

Wer setzt denn eigentlich die Normen, und wo verlaufen die Trennlinien? Ich habe vor kurzem eine Studie gelesen, die die soziale Herkunft zu den Karrieremöglichkeiten in Bezug setzte. Dabei kam heraus, dass ein Akademiker aus der bürgerlichen Schicht eine zehnmal größere Chance hat, eine Führungsposition zu bekommen als jemand mit dem gleichen akademischen Abschluss aus der Arbeiterschicht. Wir diskutieren hier über Chancengleichheit auf der Ebene Migrant – Nichtmigrant, aber müssten wir nicht viel eher über ein gesamtgesellschaftliches Problem reden in einem Land, das den Anspruch an sich selbst erhebt, Motivation und eigene Anstrengung zu belohnen? Das ist doch das Bild von unserem Land, das nach PISA und ähnlichen Untersuchungen verzerrt wirkt. Wenn uns das nicht berührt, was dann?



ich bin da optimistisch. Die alten Hierarchien funktionieren nicht mehr, und die Ansprüche unterschiedlicher Gruppen sind größer geworden.

Pluralismus ist für mich ein ganz richtiger Ausdruck. Ich glaube, dass man die Kämpfe der Migranten nicht absolut setzen sollte, dass es nicht nur darauf ankommt, eine Politik zu betreiben, die sich als antirassistisch ausgibt. Ich

Tarek Al-Wazir

Ich glaube, Herr Schrempp war das einzige Arbeiterkind im Vorstand eines DAX-notierten Unternehmens. Ich habe ja schon am Anfang gesagt, das ist ein Schichtenproblem. Da mag der Abschluss als Betriebs- oder Volkswirt noch gleich sein, am Ende ist die eine Frage, kennt dein Papa einen anderen Papa, den er anrufen kann? Und die zweite Frage: Wenn ich das erste Mal in bestimmten Kreisen bin, beherrsche ich die dort gefragten Verhaltens- und Kommunikationscodes?

Miguel Vicente

Sagen sie uns doch mal, wie sich ein intelligenter Migrant diese Codes zu eigen machen kann.

Tarek Al-Wazir

Das gilt ja für alle, das ist nicht nur ein Problem der Migranten. Deswegen meine ich ja, wir müssen das Bildungssystem verbessern – nicht nur um die Integration von Migranten voran zu treiben, sondern auch um den Aufstieg bestimmter Gruppen zu ermöglichen, Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt einer modernen Gesellschaft schwierige Hürden zu überwinden haben.

Miguel Vicente

Gut aber wir haben die Frage noch nicht beantwortet, wie man diese Zugänge öffnet. Eigene Anstrengung reicht offenbar nicht aus, es gibt strukturelle Hindernisse. Was kann man da machen? Brauchen wir wieder Quotenregelungen, um diese Vielfalt auch strukturell zu erreichen und damit es später von alleine funktioniert?

Tarek Al-Wazir

Ich war zehn Jahre lang der innenpolitische Sprecher meiner Fraktion. Als wir 1991 angefangen haben mit Rot-Grün in Hessen waren zwei unserer Ziele mindestens hundert Polizisten nichtdeutscher Herkunft auszubilden und insgesamt die Ausbildungssituation der Migrant*innen zu verbessern. Wir mussten dann feststellen, dass diese Ziele teilweise schwer in Einklang zu bringen waren, weil die Zugangsvoraussetzung zum Polizeiberuf mittlerweile das Abitur ist aufgrund des Studiums an der Verwaltungsfachhochschule. Dann hatten wir die Situation, dass die Eltern derjenigen, die die formalen Voraussetzungen erfüllt haben, sich eher eine akademische Laufbahn für ihre Kinder gewünscht haben. Inzwischen haben wir aber die hundert voll. An dem Beispiel Polizei sehen wir die doppelte Wirkung auf die Mehrheitsgesellschaft und in die Migrant*innen-

communities hinein: Wenn ich als türkischstämmiger Jugendlicher von einem türkischstämmigen Polizisten festgenommen werde, kann ich ihm schwer vorwerfen, dass er mich aufgrund meiner Herkunft diskriminiert. Als deutscher Polizist mit einem türkischen Kollegen kann ich schlecht behaupten, alle Ausländer seien Verbrecher. Es ist ja so, dass 70% unserer Polizisten aus der „heilen Welt“ von Fulda in den Schichtdienst im Frankfurter Bahnhofsviertel kommen. Dort treffen sie auf eine bestimmte Wirklichkeit, die sie nicht gekannt haben, und natürlich entstehen dadurch Probleme. Das müssen wir aufbrechen. Bei Erzieherinnen und Erziehern. Lehrerinnen und Lehrern sehe ich das ähnlich. Das bedeutet, wir müssen vom Ranglistenverfahren wegkommen, über das Lehrer bei der Einstellung entsprechend ihrer Examensnote von einer zentralen Stelle aus an die Schulen verteilt werden. Meine Wunschvorstellung ist, dass die Schulen sich die Lehrer nach den konkreten Bedürfnissen vor Ort aussuchen sollen.

Zur Frage der Quotierung möchte ich gerne noch die Erfahrungen aus den USA einbringen. Dort ist in vielen Bereichen eine Quote zum Einsatz gekommen, und das war nicht unbedingt erfolgreich. Es muss auf jeden Fall Ziel sein, in Verwaltungen, in Schulen, in Kindergärten und anderer Einrichtungen Migranten einzustellen. Das wird nicht einfach sein, wie man auch an der Diskussion um das Antidiskriminierungsgesetz sehen kann. Die erste Version scheiterte 2002 am Einspruch der Kirchen, die ja normalerweise in Fragen der Integration unsere Verbündeten sind. Hier war es aber schwierig, weil sie sich nicht vorschreiben lassen wollten, dass sie Muslime einstellen „müssten“. Als Tendenzbetriebe werden nur Kirchenmitglieder eingestellt – und wie soll das in den kirchlichen Kindergärten aussehen, wenn man dort Fachkräfte mit Migrationshintergrund braucht?



Tarek Al-Wazir

Miguel Vicente

Ich würde gerne jetzt zur Schlussrunde kommen. Wir haben diesen Abend betitelt mit „Alte und neue Töne in der Integrationsdebatte“ – wie müssten denn neue Töne klingen im Bildungsbereich, bezüglich Antidiskriminierung und Partizipation?

Carmen López Salaver

Ich glaube, wir haben jetzt die richtige Gesellschaft um Veränderungen in Gang zu bringen. Wir haben eine Generation von Frauen, die nicht nur Mutter sein wollen, die arbeiten gehen möchten. Wir haben eine Generation von Migranten, die nicht nur in Döner-Läden arbeiten wollen, und wir haben eine Gesellschaft mit älteren Menschen, die aktiv bleiben wollen. Ich denke, wir haben eine Gesellschaft, die bereit ist, bestimmte Tabus und Modelle aus den 60ern endlich hinter sich zu lassen. Ich denke aber auch, dass die Politik dieser Stimmung einfach nicht gerecht wird. Neue Töne müssen also vor allem in der Politik angeschlagen werden. Ich wünsche mir, dass wir versuchen, die neuen Modelle umzusetzen. Wir wählen die Regierenden, sie werden sich also früher oder später auf uns einlassen müssen.

Nicola Küpelikilinc

Ich denke, das dreigliedrige Schulsystem ist überholt, und ich wünsche mir, dass es reformiert wird. In dem Zusammenhang komme ich auch noch mal auf das Stichwort Pluralität zurück: Die Gesellschaft muss wegkommen von der Vorstellung, es gäbe eine Schulbildung, die allen Kindern gerecht wird.

Tarek Al-Wazir

Ich habe ja am Anfang gesagt, ich kenne viele Probleme aus eigener Erfahrung. Ich kenne die Probleme mit einem jemenitischen Pass und bekomme die Schwierigkeiten meiner Verwandtschaft väterlicherseits hautnah mit oder auch die meiner Frau – übrigens keine Importbraut, auch wenn das immer alle denken. Mit einem jemenitischen Pass kann man in ganze fünf Länder der Erde ohne Visum reisen. Ich wohne in der Offenbacher Innenstadt, und die Probleme sind offensichtlich. Aber ich bin ein optimistischer Mensch, und ich glaube, dass man diese Probleme lösen kann. Man muss über die gelungenen Beispiele reden und nicht in der Defizitdiskussion stecken bleiben.

Trotzdem möchte ich zum Schluss noch einen negativen Punkt ansprechen, für den ich noch keine Lösung habe. Wenn wir ehrlich sind, haben wir in der Integrationsdebatte unterschwellig eine Islamdiskussion. Es gibt Tendenzen von Generalverdacht auf der einen Seite und Rückzugstendenzen auf der anderen. Ich denke, es wird noch ein harter Kampf bis zur „Einbürgerung des Islams“, wie wir Grünen immer sagen, denn hier spielt sich vor allem seit dem 11. September 2001 vieles außerhalb der klassischen Integrationsprobleme ab, Gefühle beeinflussen Entscheidungen und Einstellungen, die man nur schwer bearbeiten kann. Jeder, der mal eine kommunalpolitische Debatte über einen Moscheebau oder ähnliches geführt hat, weiß wovon ich rede. Aber auch dort gibt es unglaubliche Fortschritte. Ich habe heute in einer dpa-Mitteilung gelesen, dass in Athen eine Moschee gebaut werden darf, eine öffentlich sichtbare. Wer die griechische Diskussion kennt und die Frage der türkischen Minderheit dort, der sieht, dass es in dem große Meer des Irrsinns, den wir seit 2001 erleben, auch Inseln der Vernunft gibt.

Mark Terkessidis

Wie gesagt, ich glaube, dass diese Integrationsdebatte zwei Seiten hat. Auf der einen Seite ist die Erkenntnis, dass sich vieles verändert hat und noch verändern muss. Auf der anderen Seite wird auf alte Mittel zurückgegriffen und ständig an einem System herumrepariert, dass nicht mehr funktioniert. Ich frage mich, wie lange dieser Prozess noch dauern darf ohne dass sich immer mehr Menschen zurückziehen. Ich habe die Befürchtung, dass immer mehr jüngere Leute sagen, „ich will auf keinen Fall Deutscher werden“. Es gibt die Tendenz zur Resignation als Reaktion auf ständige Zurück-



weisungen, Diskriminierungen, Misserfolge. Die Politik, die hier betrieben wird, ist also nicht nur rückwärtsgewandt, sondern auch gefährlich. Ich möchte hier Großbritannien mal als positives Beispiel anbringen. Man kann zu Tony Blair stehen wie man will, aber hier kann man sehen, was mit einem echten politischen Willen durchzusetzen ist, auch gegen viele Widerstände. Dort sind die Institutionen wirklich auf Diversity Mainstreaming verpflichtet worden, u.a. dadurch, dass kein Geld mehr geflossen ist, wenn sie sich nicht entsprechend bewegt haben. Da staune ich doch immer wieder, wie langsam es in Deutschland voran geht. Es gibt einfach Dinge, die geschehen nur unter Druck oder Zwang von oben. Ich kann noch lange mit dem Philologenverband und wem auch immer reden, in Deutschland redet ja jeder bei allem mit. Aber das wird auf Dauer nicht funktionieren, weil jeder Reformversuch am Widerstand irgendeiner Gruppe scheitert. Ich glaube, da braucht es in absehbarer Zeit einen größeren Wurf.

Miguel Vicente

Darauf warten wir. Vielen Dank an unsere Gäste hier oben auf dem Podium. Ich hoffe, dass es uns gelungen ist, einige neue Perspektiven in die Debatte einzubringen. Ein kluger Moderator endet immer mit klugen Worten. Mir ist heute nichts eigenes eingefallen, aber damit niemand den Migranten vorwerfen kann, sie würden sich nicht mit deutschen Köpfen beschäftigen, zitiere ich einen Ausspruch von Kurt Tucholsky, der bei mir im Büro hängt: „Und abends um neun, wenn alles fertig ist, zu wissen: Es lohnt sich kaum - aber man muss ran.“

